

## SP gegen «Rechtsblock»

**BUNDESRATSWAHL** Zwei Monate vor den Parlamentswahlen rücken die Parteien die Zusammensetzung des Bundesrats in den Vordergrund: Sprach die SVP am Montag von einem «Geheimplan gegen Blocher», will die SP nun den «Rechtsblock» im Bundesrat knacken. FDP und SVP hätten im Bundesrat einen Anteil von 60, im Parlament und der Bevölkerung aber nur von 40 Prozent, sagte Fraktionschefin Ursula Wyss vor den Medien. Diese Situation habe zu einer Blockierung der politischen Reformen geführt. Die SP steht laut eigenen Angaben zur Konkordanz und gesteht deshalb nach jetzigem Wähleranteil der SVP zwei Bundesrats-Sitze zu. Christoph Blocher wird sie aber nicht wählen. Das sei schon 2003 klar gewesen. Infolgedessen wird die Partei bei der Bundesratswahl vom Dezember möglicherweise einfach den Namen eines anderen SVP-Vertreters auf den Wahlzettel schreiben. Die SP droht in Richtung FDP. Gemäss heutiger Wählerstärke seien die Freisinnigen im Bundesrat übervertreten, sagte Wyss. Ob die SP der CVP einen zweiten Sitz zulasten der FDP offerieren oder ein zusätzliches Mandat für Rot-Grün reklamieren wird, bleibt unklar. Über die genaue Zusammensetzung des Bundesrates solle nach den Parlamentswahlen vom 21. Oktober diskutiert werden, hiess es gestern. (ap/bin)

### KURZ

**SVP muss Video entfernen**  
**VERFÜGUNG** Die SVP muss ein umstrittenes Wahlkampfvideo bis Mittwochmittag aus dem Internet nehmen. Das verlangt eine superprovisorische Verfügung des Kreisgerichts Biel-Nidau, wie Richter Philippe Châtelet am Dienstagabend im Westschweizer Fernsehen TSR sagte. Anwältin Anna Hofer hatte die SVP zuvor erfolglos aufgefordert, den Film von der SVP-Website zu entfernen. Sie vertritt zwei der jungen Bieler, die in dem Film als Schläger und Drogenkonsumenten auftreten. (sda)

**Kein Finanzreferendum**  
**BUND** Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats verzichtet mit 12 gegen 10 Stimmen auf die Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene. Ausschlag gaben die vielen negativen Stellungnahmen in der Vernehmlassung. Im Februar hatte die Kommission eine Vorlage verabschiedet, die vorsah, dass neue einmalige Ausgaben ab 200 Millionen Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben ab 20 Millionen dem Referendum unterstellt werden. Sie setzte damit eine vom Nationalrat gutgeheissene Initiative der SVP-Fraktion um. Inzwischen befürchtet aber die Kommissionsmehrheit, ein Finanzreferendum würde die politischen Prozesse blockieren. Sie wird nun beantragen, die parlamentarische Initiative abzuschreiben. (sda)

**Ehre für Sigi Feigel**  
**ZÜRICH** Mitten in der Stadt Zürich gibt es seit Dienstag die Sigi-Feigel-Terrasse. Die Fläche zwischen der Gessnerbrücke und dem Theater an der Sihl, unweit des Hauptbahnhofs, wurde nach dem 2004 verstorbenen Kämpfer für Minderheiten benannt. Bei der Enthüllung der Namenstafel zitierte Stadträtin Ester Maurer Feigels Credo, wonach der Kampf gegen Vorurteile und Rassismus eine Bürgerpflicht sei. (sda)

**Personalproblem im EDA**  
**ARBEITSMARKT** In der schweizerischen Diplomatie müssen in kurzer Zeit 26 Stellen neu besetzt werden. Doch dies wird schwierig. Die Konkurrenz zwischen den Arbeitgebern habe sich verschärft, sagte Jean-Philippe Jeannerat, Kommunikationschef im EDA. Dieses Jahr hätten sich nur 74 Universitätsabgängerinnen und -abgänger für die diplomatische Karriere interessiert – gegenüber 207 im letzten Jahr. (sda)

# Kampf gegen die Kinderarmut

Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen richtet teils umstrittene Forderungen an die Politik

*Der Staat soll bedürftige Familien mit Ergänzungsleistungen unterstützen. Diese Forderung – eine von 55, mit denen Fachleute die Politik gegen Kinderarmut wachrütteln wollen – kommt bald ins Parlament.*

SUSANNE WENGER

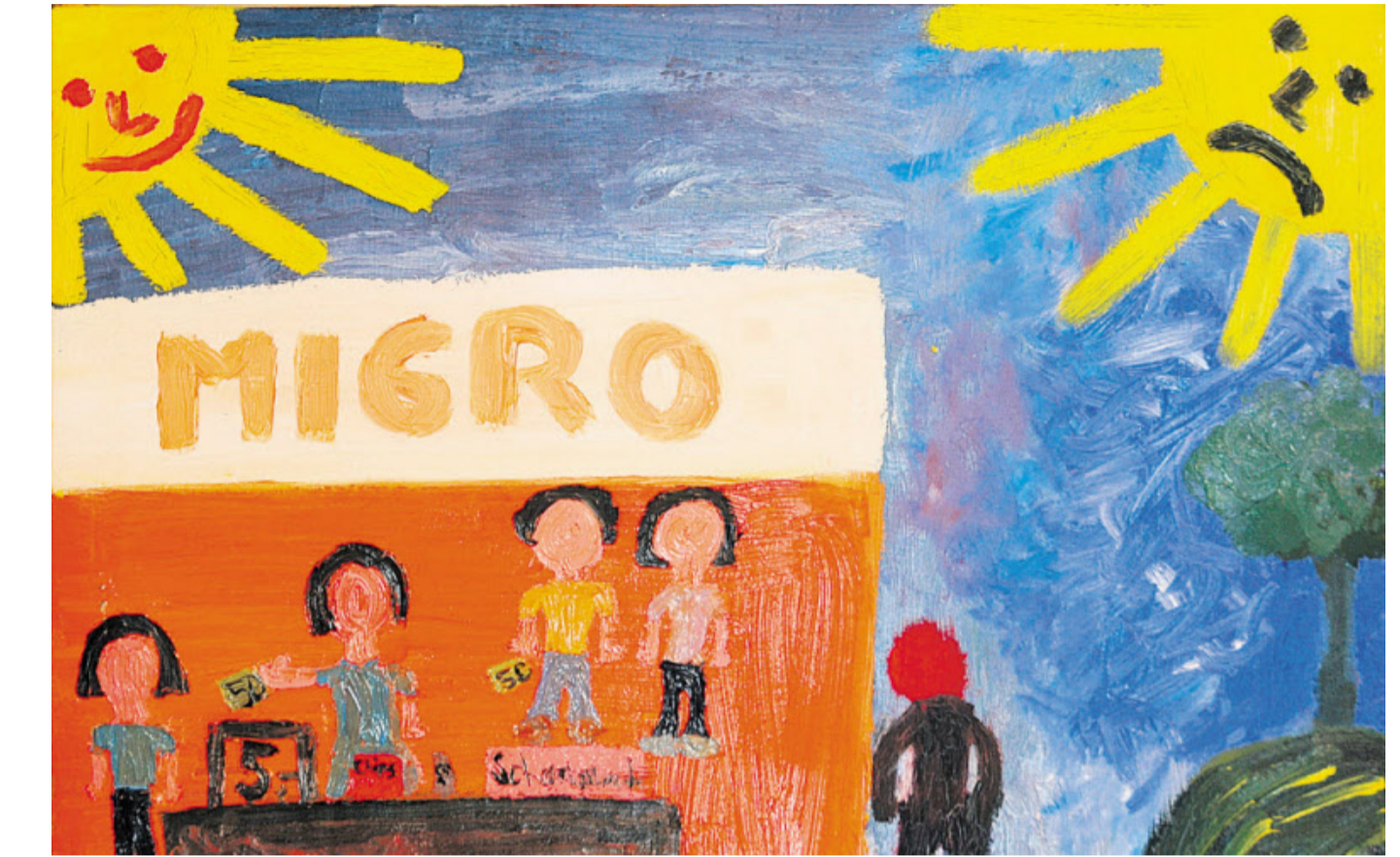
Zwischen 111 000 und 230 000 Kinder in der Schweiz leben in einem armen Haushalt – je nach Definition. Gesicherte Zahlen sind im Bereich der Sozialhilfe verfügbar: Fast 45 Prozent aller Sozialhilfebezügler sind jünger als 25-jährig, wie das Bundesamt für Statistik fürs Jahr 2005 festhielt. Zum Vergleich: Bei den über 65-Jährigen beziehen lediglich 1,5 Prozent Fürsorgegeld.

Arme Kinder in der reichen Schweiz? Zusammengetragen hat die ungemütlichen Befunde (siehe auch Kasten) die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ). Sie berät die Landesregierung in diesen Themen. EKKJ-Präsident Pierre Maudet – freisinniges Mitglied der Stadtgenfer Exekutive – sprach gestern an einer Medienkonferenz in Bern von einer «tickenden gesellschaftlichen Zeitbombe» und forderte eine gesamtschweizerische Strategie.

### Gesetz seit sechs Jahren in Arbeit

Die Kommission hält denn auch einen 55 Massnahmen umfassenden Forderungskatalog bereit: Ab dem 4. Altersjahr soll ein Kindergartenobligatorium gelten, zudem mangle es an Kindertagesstätten. Jugendliche mit tiefem Bildungsniveau sollen ab Mittelstufe bis zur dauerhaften beruflichen Integration in die Arbeitswelt gecoacht werden. Es brauche mehr Gesundheitsprävention und Steuerrabatte für Leute am Existenzminimum.

Wird der Weckruf der Kommission auch gehört? Zwei Forderungen seien hier herausgegriffen. Ergänzungsleistungen für bedürftige Familien würden gemäss EKKJ helfen, Kinderarmut zu mildern. Das findet im Grundsatz auch der Nationalrat, der 2001 zwei entsprechende parlamentarische Initiativen überwiesen hat. Möglich wurde dies wegen einer SP-CVP-Allianz. Wie bei den AHV- und IV-Rentnern sollen Ergänzungsleistungen dort helfen, wo das Einkommen den Grundbe-



Kinderzeichnung zum Thema Armut, gezeigt 2006 an der Ausstellung «Arm – ausgeschlossen?» in Biel.

ZVG/EKKJ

darf nicht deckt. Begünstigt werden Familien mit kleinen Kindern und Einelternfamilien. Falsche Anreize gilt es zu vermeiden: Erwerbsarbeit muss sich weiterhin lohnen. Kosten sollen die Ergänzungsleistungen, je nach Modell, zwischen 880 und 895 Millionen Franken. Die Finanzierung obläge Bund und Kantonen.

Doch die nationalräthliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) brütet nun schon sechs Jahre über einem Gesetzesentwurf, sie setzte die Arbeit zwischendurch aus. Eilig hat man es in der Kommission nicht, es gibt namhafte Gegnerschaft.

### Warnung vor Mehrausgaben

Allen voran FDP und SVP warnen vor Mehrausgaben für die öffentliche Hand und kritisieren, mit einer staatlichen Zusatzrente würden die Ursachen von Armut nicht beseitigt. Für die Befürworter – Linke, CVP und eine Mehrheit der Kantone – sind Ergänzungsleistungen ein bewährtes Instrument zur Armutsbekämpfung, wie sich im Altersbereich gezeigt habe. Hilfeleistungen an einkommensschwache

Familien kennen in der Schweiz bisher zwölf Kantone, am weitesten geht der Kanton Tessin. Einen Stimmungstest für das Anliegen gab es diesen Sommer im Kanton Zürich: Dort erteilten die Stimmberechtigten einer Volksinitiative für Familien-Ergänzungsleistungen an der Urne eine deutliche Abfuhr. Eine nationale Lösung werde grössere Chancen haben, glaubt die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr.

### HÖCHSTE SOZIALHILFEQUOTE BEI KINDERN BIS 10 JAHRE

2005 machten Kinder und junge Erwachsene **44 Prozent der Sozialhilfebezügler** in der Schweiz aus. Diese Zahl stammt vom Bundesamt für Statistik. Am höchsten ist – im Vergleich aller Altersgruppen – die Sozialhilfequote bei den Kindern bis zehn Jahre, gefolgt von den Jugendlichen und den jungen Erwachsenen bis 25 Jahre. Am gefährdetsten sind **Kinder mit arbeitslosen Eltern**, Kinder von Alleinerziehenden und Ausländerfamilien und Kinder mit mehr als zwei Geschwistern. Verbreitet ist die Problematik vorab in den grösseren Städten, wo im Durch-

Man könne nicht «dauernd Steuergesetze für Reiche» beschliessen, jene am unteren Ende der Skala aber darben lassen. Im ersten Quartal 2008 will die SGK nun ihren Gesetzesentwurf vorstellen, danach ist der Nationalrat am Zug.

### Banken mit «Schuldenprozent»

Weil Schulden ein häufiges Problem armer Familien darstellen, fordert die EKKJ weiter, Werbung

für Konsumkredite zu verbieten. Sie schlägt vor, dass Kreditinstitute ein Prozent ihres Umsatzes an Schulden- und Budgetberatungsstellen abliefern – eine Art «Schuldenprozent» analog dem Kulturprozent der Migros, wie es gestern hiess.

Bei der Branche kommt dies ganz schlecht an. Für Heinz Hofer, Präsident des Verbandes Schweizer Kreditbanken und Finanzierungsinstitute, hinkt der Vergleich mit der Migros. Das sei eine Genossenschaft – dass hingegen Aktionäre von Finanzinstituten ein «Schuldenprozent» abliefern möchten, kann sich Hofer nicht vorstellen.

Das Schweizer Konsumkreditgesetz sei streng genug, gehe über die EU-Richtlinien hinaus. Zudem sei jeder Werbeauftritt mit einem Warnhinweis versehen. Nur eine kleine Minderheit habe Probleme, die Kredite zurückzuzahlen, wie Erhebungen zeigten, argumentiert Hofer. Die Konsumkreditverschuldung von Jugendlichen sei im Übrigen minim.

Fazit: Verschiedenen Forderungen der Kommission für Kinder- und Jugendfragen wird politisch ein rauher Wind entgegenblasen.

## Noch ein Amtsdirektor Leuenbergers bestraft

**ENERGIEAMT** Erneut wird ein Amtsdirektor im Departement von Bundesrat Moritz Leuenberger für frühere Tätigkeiten zur Rechenschaft gezogen. Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie (BFE), muss nach dem gestern veröffentlichten Entscheid des Solothurner Verwaltungsgerichts den Kanton mit 100 000 Franken entschädigen. Steinmann war seit 1994 Leiter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA). Dieses hatte in den Jahren 1995 bis 2001 zusammen mit dem Bund private Programme für Arbeitslose finanziert. Der Kanton Solothurn hatte von Steinmann und zwei Mitbeschuldigten in diesem Zusammenhang total mindestens 200 000 Franken Schadenersatz verlangt. Laut dem Gericht hat der Kanton rund 1,3 Millionen Franken Darlehensverlust erlitten, weil die Beklagten in Verletzung ihrer Dienstpflicht die Beschäftigungsprogramme ohne Bonitätsprüfung vorfinanziert hätten. Sie hätten die gewährten Darlehen nicht abgesichert und nicht rechtzeitig dafür gesorgt, dass die kantonalen Vorschüsse durch ent-

sprechende Bundesgelder ersetzt würden. Steinmann hätte das Amt besser organisieren, die Abläufe klarer strukturieren und die Tätigkeit der Mitarbeiter besser kontrollieren müssen, heisst es.

Steinmann bestreitet die Vorwürfe und will Berufung gegen das Urteil einlegen. Es handle sich zudem um eine zivilrechtliche Schadenersatzklage, erklärt sein Anwalt. Strafrechtlich sei Steinmann nichts vorzuwerfen. Im Gegenteil sei das Strafverfahren gegen ihn eingestellt und seinem Klienten eine Genugtuung zugesprochen worden.

Steinmann bleibe im Amt, sagte gestern ein Sprecher von Bundesrat Leuenberger. Als er sich beworben habe, sei nicht bekannt gewesen, dass ein Verfahren gegen ihn laufe. Der Bundesrat wählte Steinmann im Februar 2001. Die Klage gegen Steinmann wurde im Juli 2002 eingereicht. Der Fall Steinmann lasse sich nicht mit dem Fall Cron vergleichen, sagte der Sprecher. Einzig vergleichbar sei, dass es sich um die Folgen von Tätigkeiten aus der Zeit vor der Bundestätigkeit handle. (ap/bin)

## Zustupf für Fachhochschulen

Nationalratskommission will **Bildungskredite** um 308 Millionen aufstocken

*Aus 6 Prozent Wachstum wird 6,3 Prozent: Die vorberatende Kommission des Nationalrats zeigt sich bei den Forschungskrediten 2008 bis 2011 spendabler als der Ständerat.*

THIS WACHTER

Sie gilt als sensibel austarierte Vorlage: Die 21,2 Milliarden Franken schwere Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2008 bis 2011 sieht ein jährliches Ausgabenwachstum von 6 Prozent vor. Die bundesrätliche Vorlage hat den Ständerat unbeschadet überstanden. Gestern hat die Wissenschafts- und Bildungskommission (WBK) des Nationalrats nun ihre Beschlüsse zu den Bildungs- und Forschungskrediten vorgestellt. Nicht weniger als 43 Anträge sind für die Herbstsession angekündigt. Grundsätzlich bewegt sich die Kommission auf Ständeratslinie, mit drei Ausnahmen, die gesamt auf Mehrausgaben von 308 Millionen Franken führen würden.

Oder umgerechnet zu 6,3 statt 6 Prozent jährlichem Wachstum.

Die gewichtigste Änderung dürfte den Fachhochschulen (mindestens temporäre) Freude bereiten. Nach einem Patt von 10:10 Stimmen hat die Kommission dank Stichtenscheid der Präsidentin Kathy Riklin (cvp, ZH) einen Antrag von Ruth Genner (grüne, ZH) und Christa Markwalder (fdp, BE) angenommen, den Fachhochschulen 200 Millionen Franken mehr zu gewähren. Derselbe Antrag war im Ständerat noch mit 21:16 Stimmen abgelehnt worden. Im Nationalratsplenum dürfte es knapp werden. Ruedi Noser (fdp, ZH) wagt keine Prognose. Allerdings gibt er gegenüber dem «Bund» zu verstehen, dass Christa Markwalder in der FDP-Fraktion mit ihrem Anliegen auf verlorenem Posten stehen wird.

### Universitäten wollen Ausgleich

Mehr Chancen im Nationalrat gibt Noser seinem Antrag, den die WBK mit 13:8 Stimmen angenommen hat: 100 Millionen mehr für die Abgeltung indirekter Kosten bei Nationalfondsprojekten («Bund» vom

Samstag). Von dieser «Overhead»-Aufstockung profitieren vor allem Universitäten und ETH.

Der Generalsekretär der Schweizerischen Universitäts-Konferenz, Nivardi Ischi, bezeichnet diesen Entscheid als «ganz wichtig». Er deutet an, dass die Universitäten mit diesem Zückerchen die Mehrausgaben für die Fachhochschulen verdauen könnten.

Im Nationalrat werden auch Minderheitsanträge zu reden geben, die in der Kommission nur knapp abgelehnt worden sind:

- 115,8 Millionen mehr für die Berufsbildung (9:10 Stimmen),
- 6,4 Millionen mehr für Stipendien und Studendarlehen (9:11),
- Ausnahmen aller Kredite von der Kreditsperre (10:11).

Neu will die Kommission 8 Millionen Franken einsetzen, um ein Zentrum für angewandte Human-toxikologie zu schaffen. Den verspätet eingereichten Wunsch nach einem 150 Millionen Franken teuren Supercomputer im Tessiner ETH-Rechenzentrum Manno will die Kommission in einer speziellen Vorlage dem Bundesrat vorlegen.